

Gewalt- und Zwangsübung im befriedeten Staat

Staat

Gewaltmonopol

faktische Grenzen

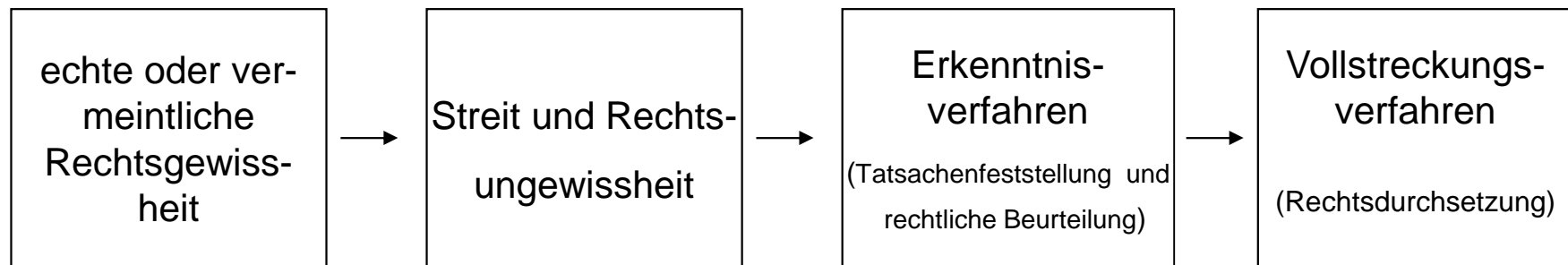


Bürger

Justizgewähranspruch
(einschl.: Vollstreckungsanspruch)

Selbsthilferechte
(§§ 227-231 BGB)

Die Entwicklung eines Rechtsstreites



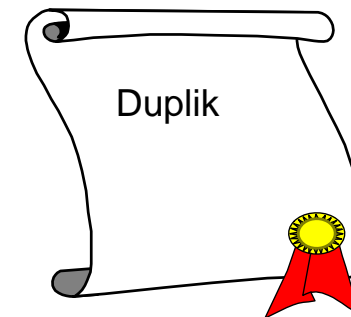
Das antithetische Prinzip des Zivilprozesses

(„audiatur et altera pars“)

Kläger



Beklagter



Verfassungsrechtliche Grundlagen des Zivilprozessrechts

- Institutionelle Garantie der Zivilrechtspflege
- Justizgewährungsanspruch (einschl. Vollstreckungsanspruch)
- Anspruch auf rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG)

Zusätzlich für die Zwangsvollstreckung

- Verhältnismäßigkeitsprinzip
- Schuldnerschutz (Art. 1 Abs. 1, 2 Abs. 1 GG)

Maximen des Erkenntnisverfahrens

Dispositionsmaxime

(Gegensätze: Oficialmaxime und Akkusationsprinzip)

—> Parteien bestimmen über Beginn, Gegenstand und Ende des Prozesses

Verhandlungsmaxime = Beibringungsgrundsatz

(Gegensatz: Inquisitionsmaxime oder Untersuchungsgrundsatz)

„da mihi facta, dabo tibi ius“

—> Darlegungslast

—> Beweisführungs- oder subjektive Beweislast

—> nicht die objektive Beweislast, die sich aus der Struktur des materiellen Rechts ergibt („Normentheorie“)

—> Abgrenzung zur „Prüfung von Amts wegen“, zur Wahrheitspflicht und zur richterlichen Aufklärungspflicht nötig

Zu § 138 Abs. 1 ZPO: BGH, NJW 1995, 2111 f.; NJW 2011, 2794, 2795

Zu § 139 Abs. 1 ZPO: BGH, NJW 2004, 164 f.; OLG Rostock, NJW-RR 2002, 576

Unmittelbarkeit, Mündlichkeit und Öffentlichkeit

(Gegensätze: Mittelbarkeit, Schriftlichkeit und Heimlichkeit bzw. auch Parteiöffentlichkeit)

Konzentrationsmaxime

(Gegensätze: Eventualmaxime bzw. Einheit der mündlichen Verhandlung bei regelmäßig einer Vielzahl von Terminen)

Prinzipien des Vollstreckungsverfahrens

- Formalisierung der Zwangsvollstreckung

- Verwirklichung der Vermögenshaftung

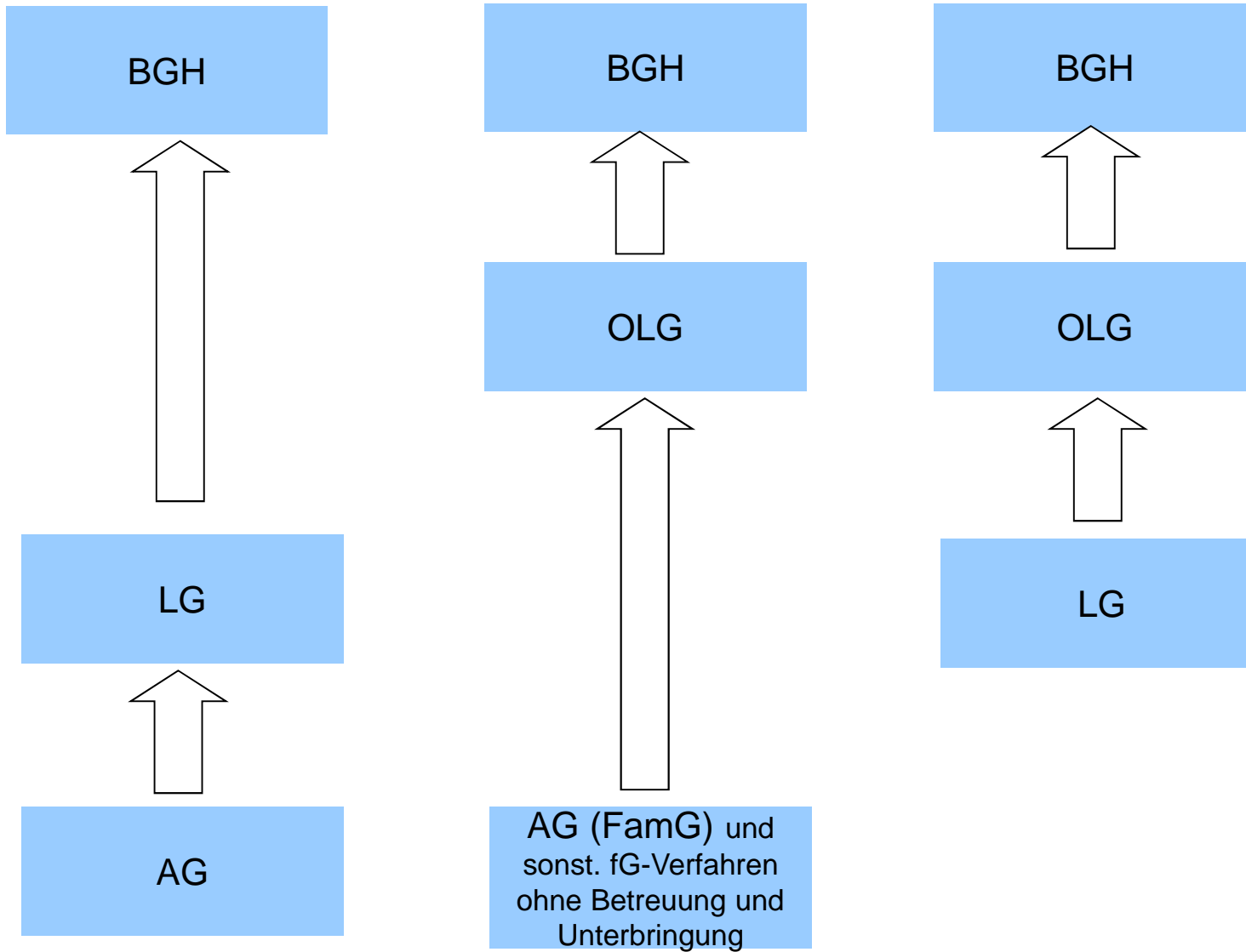
- Verhältnismäßigkeitsprinzip

- Schuldnerschutz

Die regulären Rechtswege

ordentlicher Rechtsweg		Arbeitsgerichtsbarkeit	allg. Verwaltungsgerichtsbarkeit	Sozialgerichtsbarkeit	Finanzgerichtsbarkeit
Zivilsachen	Strafsachen				
BGH	BGH	BAG	BVerwG	BSG	BFH
OLG/KG	OLG/KG	LAG	OVG/VGH	LSG	FG
LG	LG	ArbG	VG	SG	
AG	AG				

Die Instanzenzüge in der ordentlichen Gerichtsbarkeit



Die Zuständigkeitsordnung i.w.S.

• Deutsche Gerichtsbarkeit

• Rechtswegzuständigkeit

• Internationale Zuständigkeit

• Sachliche Zuständigkeit

• örtliche Zuständigkeit

• funktionelle Zuständigkeit

• Geschäftsverteilung

**Zuständigkeits-
ordnung i.e.s.**



Die Gerichtsstände der §§ 12-40 ZPO

allgemeine

natürliche Personen

- §§ 13-15 (letzter) Wohnsitz oder Aufenthaltsort

juristische Gebilde

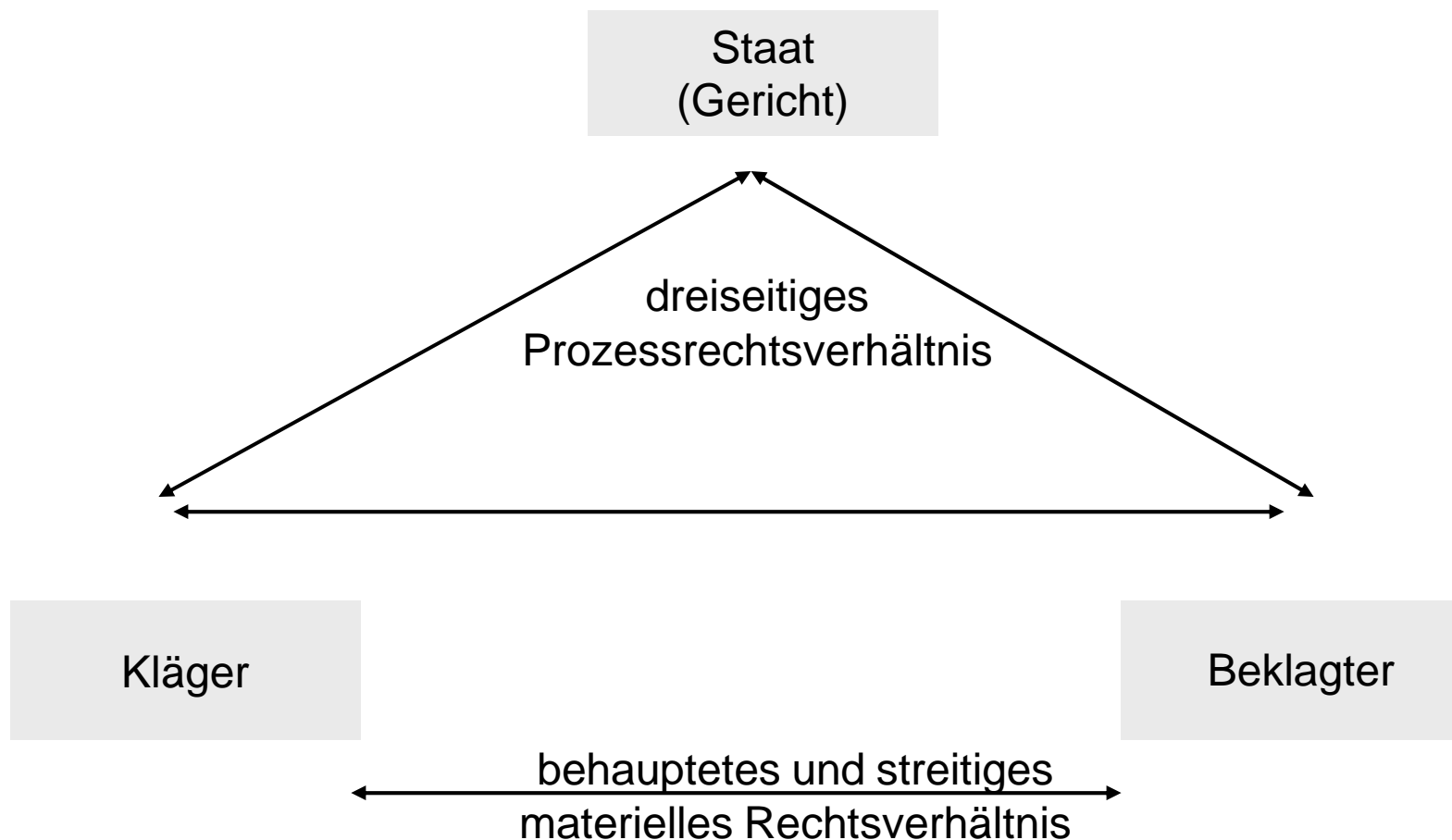
- §§ 17-19 Sitz
- § 19 a Sitz des Insolvenzgerichts

besondere/ ausschließliche

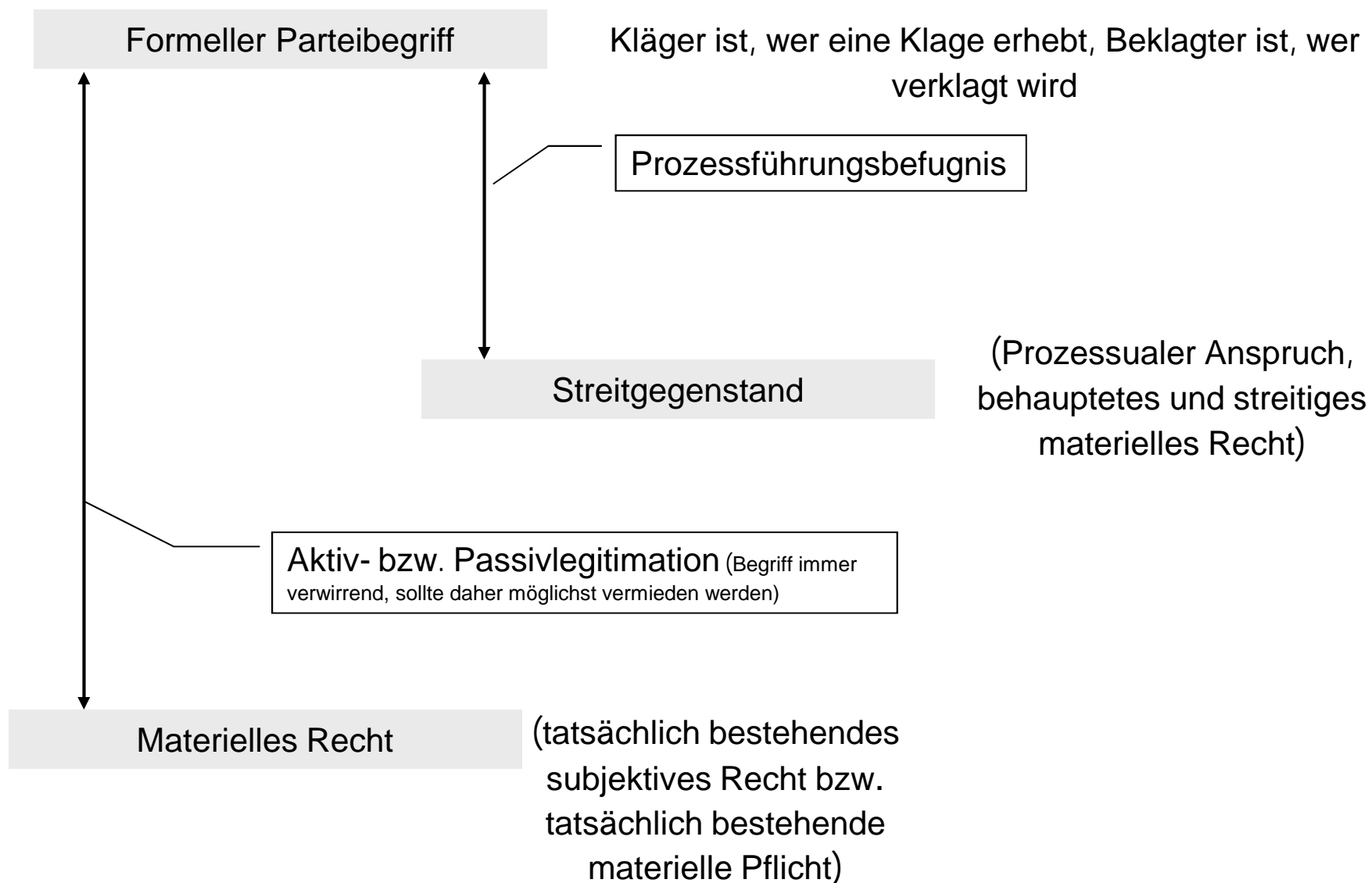
- aktueller Ortsbezug §§ 20, 21, 23, 1. Fall
- „Belegenheit“
 - § 22 Mitgliedschaft
 - § 23, 2. Fall Gegenstand
 - dingliche Fragen
 - § 24 „dingliche“ Klagen
 - §§ 25, 26 im Zusammenhang stehende Klagen
 - §§ 27, 28 Erbschaft
 - § 29 a Miete/Pacht, § 43 WEG
 - § 31 Vermögensverwaltung
- Sach- und Beweisnähe
 - § 29 Erfüllungsort
 - § 30 Beförderung
 - § 30 a Bergung
 - § 32 unerlaubte Handlung
 - § 32 a Umwelteinwirkung
 - § 20 StVG Straßenverkehrsunfall
- Schutzbedürftigkeit
 - § 29 c I 1, 29 c I 2 Haustürgeschäfte (Verbraucherschutz)
- prozessuale
 - § 33 Widerklage (str., ob Prozessvoraussetzung)
 - § 34 Gericht des Hauptprozesses (auch sachl. Zuständigkeit)

Gem. §§ 12, 35 hat Kläger die Wahl zwischen mehreren (allg. und bes.) Gerichtsständen, es sei denn, es handelt sich um einen **ausschließlichen**.

Das Prozessrechtsverhältnis



Parteibegriff und Streitgegenstand



Prozesshandlungsvoraussetzungen

Parteifähigkeit

**Fähigkeit, Partei eines Zivilprozesses zu sein.
Materiellrechtliche Parallele: Rechtsfähigkeit**

Sachentscheidungs- und Prozesshandlungsvoraussetzung

Prozessfähigkeit

**Fähigkeit, einen Prozess selbst oder durch einen selbst bestellten Vertreter zu führen.
Materiellrechtliche Parallele: Geschäftsfähigkeit - aber es gibt keine beschränkte Prozessfähigkeit**

Sachentscheidungs- und Prozesshandlungsvoraussetzung

Postulationsfähigkeit

Fähigkeit, im Anwaltsprozess vor Gericht auftreten und Prozesshandlungen vornehmen zu können.

Prozesshandlungsvoraussetzung, wirkt auf Ordnungsmäßigkeit der Klageerhebung ein (h. M.: Klage, die von Postulationsunfähigem stammt, sei nicht zuzustellen).

Prozessvollmacht

- abstrakt, § 87 Abs. 1 ZPO (schärfer als § 168 BGB), vom Grundverhältnis (§§ 611, 675 BGB)
- typisiert, §§ 81, 82 ZPO
- nur im Rahmen des § 83 ZPO beschränkbar (BGHZ 16, 167)
- Prüfung gem. § 88 ZPO, Nachweis gem. § 80 ZPO
- Prozesshandlungsvoraussetzung
- wirkt auf Sachentscheidungsvoraussetzung der ordnungsgemäßen Klageerhebung ein (Klage ist aber stets zuzustellen).

Die Klagearten

Leistungsklagen

Feststellungsklagen

Prinzipale: § 256 Abs. 1 ZPO

Inzident- oder Zwischenfeststellungsklagen: § 256

Abs. 2 ZPO

Gestaltungsklagen

Die Feststellungsklage

- positive Feststellungsklagen sind grundsätzlich gegenüber Leistungsklagen subsidiär
- negative Feststellungsklagen sind das aufgrund der Waffengleichheit gebotene Gegenstück zu den Leistungsklagen
- Inzidentfeststellungsklagen ermöglichen die Erweiterung der Rechtskraft auf Vorfragen und erlauben daher im Einzelfall eine Korrektur der Konsequenzen des Streitgegenstandsbegriffes

Der Streitgegenstandsbegriff

- Begriffe: vgl. §§ 253, 322; 2 ZPO
- § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO meint mit dem „prozessualen“ Anspruch nach allg. Ansicht nicht § 194 Abs. 1 BGB
- Prozessualer Anspruch = Streitgegenstand (oder Streitsache § 261 Abs. 1 ZPO)
- h.M.: zweigliedriger Streitgegenstandsbegriff

Antrag

+

vorgetragener Lebenssachverhalt

- Bedeutung: Bindung des Gerichts (§ 308 ZPO)

Rechtshängigkeit (§ 261 ZPO)

Rechtskraft (§ 322 Abs. 1 ZPO)

Klagenmehrheit (§§ 260, 145 ZPO) - kumulativ; eventuell;
ausnahmsweise auch alternativ

Klageänderung (§§ 263 f. ZPO)

Sachentscheidungs-(„Prozess-“) voraussetzungen

die am Gericht anknüpfen

alles, was Zuständigkeitsordnung i.w.S. betrifft

die an Parteien anknüpfen

Partei- und Prozessfähigkeit bzw. gesetzliche Vertretung

die am Streitgegenstand anknüpfen

Prozessführungsbefugnis; ordnungsgemäße Klageerhebung; keine Rechtshängigkeit oder Rechtskraft; „Rechtsschutzbedürfnis“

die für gewählte Verfahrensart bestehen

Beispiele: Feststellungsinteresse, § 256 Abs. 1 ZPO; Voraussetzungen der Klage auf künftig fällig werdende Leistung, §§ 257-259 ZPO

Sachentscheidungshindernisse („prozesshindernde Einreden“)

Einrede des Schiedsvertrages, § 1032 Abs. 1 ZPO, allg. Ans.

Einrede der mangelnden Kostenerstattung, § 269 Abs. 6 ZPO (h.M., str.)

Einrede der fehlenden Ausländersicherheit, §§ 110 ff. ZPO (h.M., str.)

Prozessuale Behandlung der Sachentscheidungsvoraussetzungen

Prüfung (§ 589 Abs. 1 ZPO) bzw. Berücksichtigung (§ 56 Abs. 1 ZPO)
von Amts wegen

Abgesonderte Verhandlung nur gem. § 280 ZPO

Bei Fehlen ergeht Prozessurteil (h.M. lässt bei zweifelhaftem
Feststellungsinteresse oder „Rechtsschutzbedürfnis“ Ausnahmen zu)
RGZ 158, 145, 152; BGHZ 12, 308, 316; NJW-RR 1994. 343, 344;
zu § 256 Abs. 2 OLG Bremen, MDR 1986, 765

Der äußere Verfahrensgang

Amtsbetrieb

Parteibetrieb

Der innere Verfahrensgang

Vorbereitung des Termins, §§ 273, 274 ZPO



früher erster Termin, § 275



schriftliches Vorverfahren, § 276



Haupttermin, § 272 Abs. 1 ZPO
ggfs. zwischengeschaltet: Beweisaufnahme, § 279 Abs. 2 ZPO

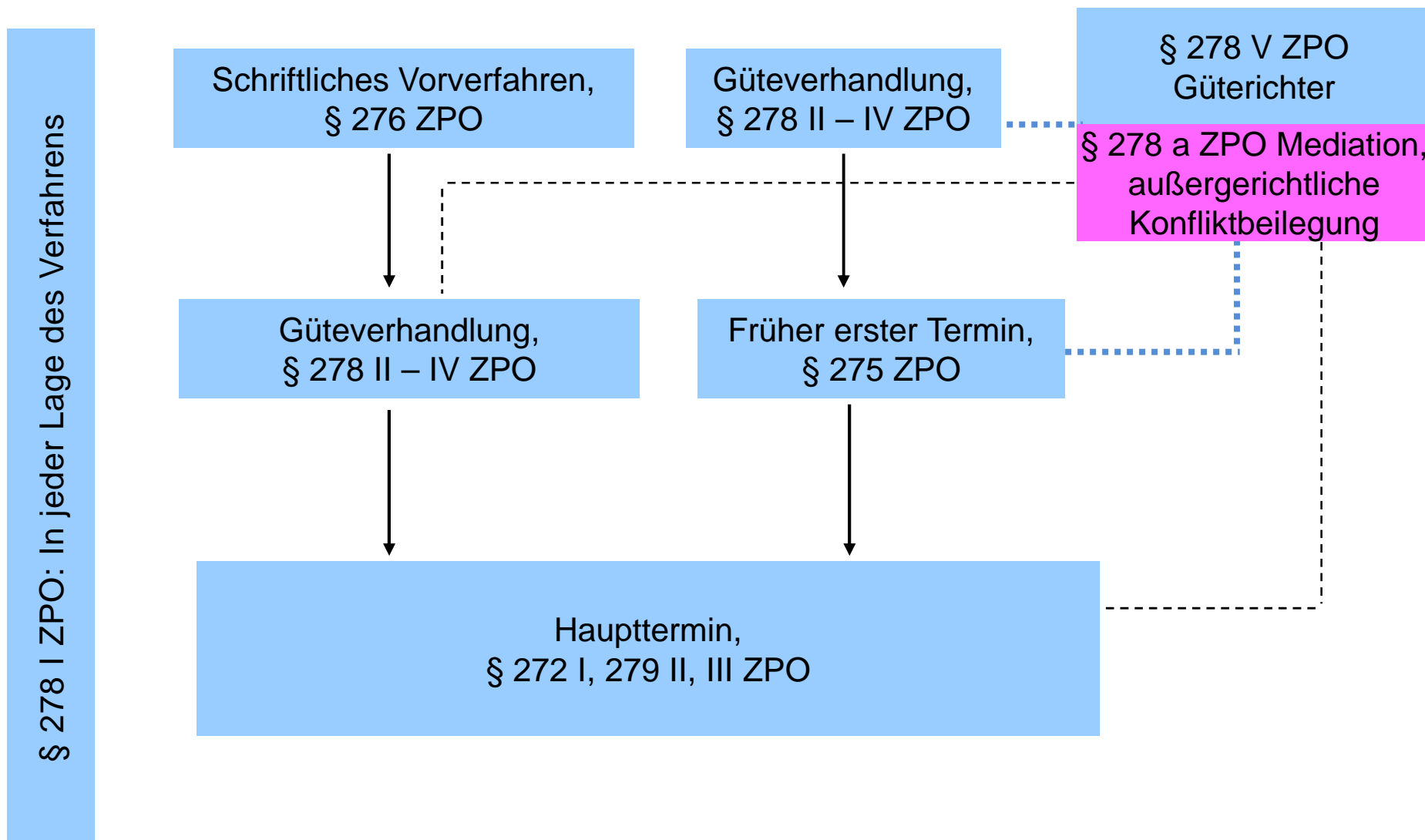
FRÜHER

erster

Termin ...



Gütliche Streitbeilegung



Prozessförderungslasten und Präklusion

Allgemeine Prozessförderungslast, § 282 ZPO

Präklusion gem. § 296 Abs. 2, 3 ZPO

Durch richterliche Frist konkretisierte
Prozessförderungslast

Präklusion gem. § 296 Abs. 1 ZPO

Nachgelassenes Schriftsatzrecht,
§§ 139 Abs. 5, 283 S. 1 ZPO

Berücksichtigung gem.
§ 296 a S. 2 ZPO

Prozesshandlungen

Prozesshandlungen

Abgrenzung nach
Voraussetzungen
und (Haupt-) Wirkungen

Rechtsgeschäfte

Besonderheiten:

Ausübung und Geltendmachung von
Gestaltungsrechten bilden Doppeltatbestand

- Bsp.: §§ 145 Abs. 3; 302 Abs. 1; 322 Abs. 2

Prozessvergleich hat Doppelnatur

Die rechtliche Behandlung der Prozesshandlungen

Soweit die ZPO keine Sonderregeln enthält

(Bsp.: §§ 39; 267; 269 Abs. 2 S. 4; 295 Abs. 1; 138 Abs. 3 ZPO)

gelten aus dem BGB nach h.M. nur die §§ 133, 157; 140; 138, 242, 826.

Prozesshandlungsvoraussetzungen, Formen (Bsp.: §§ 38; 253; 269 Abs. 2 S. 1-3; 519 f.; 1031 ZPO), Zustellungsbedürftigkeit (§ 270 ZPO) und Fristen (§§ 221 ff. ZPO) sind in der ZPO geregelt.

Bedingungsfeindlichkeit (§§ 158 ff. BGB gelten nicht),
Ausnahme: Innerprozessuale Bedingungen sind zulässig.

Bindung und Widerruflichkeit nur ausnahmsweise geregelt (§ 290 ZPO).

Anfechtung nach h.M. ausgeschlossen. Dafür Widerruflichkeit bis Gegner günstige Position erlangt hat und wenn Wiederaufnahmegrund dargetan wird.

Genehmigung nur der gesamten Prozessführung, §§ 89 Abs. 2; 547 Nr. 4; 579 Nr. 4 ZPO.

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand §§ 233 ff. ZPO.
(à §§ 51 Abs. 2; 85 Abs. 2 ZPO)

Heilung von formellen Mängeln ggfs. gem. § 295 ZPO, für Zustellungsmängel gem. § 189 ZPO.

Einreden im Prozess

materiellrechtlich

Einwendungen

Einreden

prozessrechtlich

Einreden, genauer: Einredetatsachen, d.h. die jeweiligen Voraussetzungen einer materiellrechtlichen Einwendung oder Einrede

Verteidigung, Verteidigungsmittel und Gegenangriff

schlichte Verteidigung

Bestreiten

qualifizierte Verteidigungsmittel

Einreden und Einwendungen des materiellen Rechts

Beachte: Gestaltungsrechte bedürfen der materiellrechtlichen Ausübung und der prozessualen Geltendmachung (Lehre vom Doppeltatbestand)

Gegenangriff

Widerklage, §§ 33, 145 Abs. 2 ZPO, auch als Inzidentfeststellungswiderklage, § 256 Abs. 2, 2. Fall ZPO

Dispositionen zur Verfahrensbeendigung

Verzicht und Anerkenntnis (§§ 306, 307)

Disposition über Streitgegenstand
=> Prozess endet durch (Verzichts-
oder Anerkenntnis-) Urteil

Klagerücknahme (§ 269)

Disposition über Prozess => Prozess endet
ohne Urteil, auf Antrag Kostenentscheidung

Einverständliche Erledigungserklärung (§ 91a)

Disposition über den Prozess
in der Hauptsache => Prozess
endet ohne Urteil, aber mit
Kostenentscheidung

Hinweis: Bleibt die Erledigungserklärung des Klägers einseitig, liegt keine
Prozessbeendigung, sondern nur eine Klageänderung vor (§ 264 Nr. 2 und 3)
BGH, NJW 1994, S. 2363, 2364

Prozessvergleich
(§§ 794 Abs. 1; 278 Abs. 6 ZPO; 779 BGB)

BGH, NJW 1999, S. 2903 f. m Nw:
Rückabwicklung eines Vergleichs

Disposition über Prozess,
Vollstreckbarkeit und Streitgegenstand
=> Prozess ist beendet,
Vollstreckungstitel ist gegeben, materielle
Rechtsbeziehungen stehen auf neuer
Grundlage

Grundlagen des Beweisrechts

Richterliche Überzeugungsbildung aufgrund freier Verhandlungs- und Beweiswürdigung

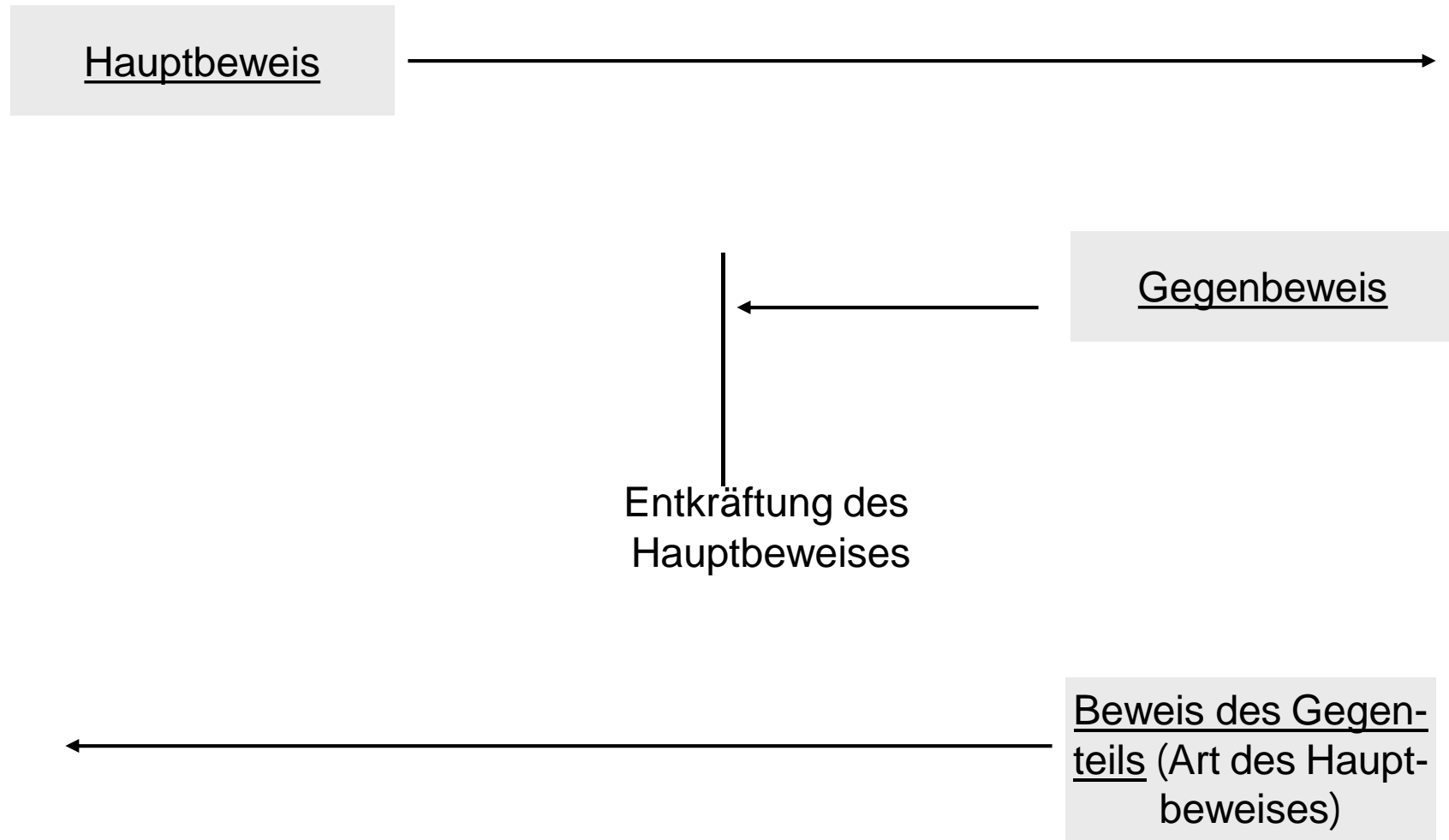
„Grenzen“ der richterlichen Freiheit: Beweisregeln, (§ 286 Abs. 2 i.V.m. §§ 415-418; 139 Abs. 4, 165, 314; 195 Abs. 2, 184 Abs. 2, 270 S. 2 ZPO; § 54 PStG; § 190 StGB), Denkgesetze und Erfahrungssätze

Beweismaß: grdsl. volle Überzeugung, § 286 Abs. 1;
gem. § 294 Glaubhaftmachung
Beweismaßreduzierung gem. § 287

Der Bochumer Trichter



Beweisarten I



Beweisarten II

unmittelbarer Beweis

der beweisbedürftigen Tatsache

mittelbarer Beweis

über „Hilfstatsachen“ (=Indizienbeweis)

Prima - facie - Beweis

Sonderform des Indizienbeweises für typische Geschehensabläufe (str.), durch bloßen Gegenbeweis zu entkräften.

Beweisarten III

Strengbeweis:

Beweis nur durch förmliche Beweismittel (SPAUZ)

Freibeweis:

Beweis durch beliebige Beweismittel (§ 284 S. 2). Nur ausnahmsweise ohne Weiteres zugelassen (§ 293). Nach bisher h.M. aber für Feststellung von Sachentscheidungs-voraussetzungen und (sonstigen) Tatsachenfeststellungen in der Revisionsinstanz zulässig. Seit 1.9.2004 zulässig bei Einverständnis, § 284 S. 3, 4. Str., ob diese einschränkende Voraussetzung auch für die Fälle gilt, in denen die (bisher) h.M. den Freibeweis praeter legem für zulässig hielt.

Die Beweiskraft von Urkunden

Formelle Beweiskraft: Beweisregeln i.S. des § 286 Abs. 2 ZPO
Voraussetzung: Echtheit muss gem. §§ 437 ff. ZPO feststehen

	öffentliche	private
Tatbestandsurkunden	§ 417 ZPO	§ 416 ZPO
Zeugnisurkunden	§§ 415, 418 ZPO	keine Beweisregel es gilt § 286 Abs. 1 ZPO

Für sog. materielle Beweiskraft, d.h. Entscheidungsrelevanz der Urkunde gibt es (selbstverständlich) keine Beweisregeln. Es gelten die allg. Regeln über Auslegung, rechtliche Wirksamkeit und inhaltliche Richtigkeit.

Die objektive Beweislast

Grundregel:

Jede Partei trägt die objektive Beweislast für die tatsächlichen Voraussetzungen der Rechtsnormen, die ihr günstig sind. Folglich ergibt sich aus der Struktur des materiellen Rechts die Beweislastverteilung (Bsp.: § 286 Abs. 1 gegen Abs. 4 BGB)

Ausnahmen:

Echte Beweislastregeln (Bsp.: § 345, 363, 543 Abs. 4 S. 2 BGB).
Vermutungen (§ 292 ZPO): Beweis des Gegenteils ist Hauptbeweis

Beweislastumkehr praeter legem bei

- Beweisvereitelung (vgl. § 444 ZPO) BGH, NJW 1998, S. 79, 81
- Produzentenhaftung (§ 823 Abs. 1 BGB) BGHZ 104, 323; 129, 353
- Grober Verletzung einer Berufspflicht zur Bewahrung von Körper und Gesundheit (insb.: Arzthaftungsprozess)
BGH, NJW 97, S. 796

Arten der Urteile

- Prozess- und Sachurteile (Leistungs-, Feststellungs-,
und Gestaltungsurteile)
- End- (§ 300) und Zwischenurteile (§§ 280 Abs. 2, 303, 304)
BGHZ 126, 127, 129 m.Nw.
- Voll- und Teilurteile (§ 301). Das letzte Teilurteil nennt man
Schlussurteil, BGHZ 107, 236, 242; 120, 376, 380
- Vorbehaltsurteile (§§ 302, 599)

Urteilswirkungen

- Innerprozessuale Bindungswirkung, § 318
- Formelle Rechtskraft, § 705
- Materielle Rechtskraft
- Gestaltungswirkung
- Vollstreckbarkeit
- Tatbestands- und/oder Reflexwirkung (Bsp.: § 197 Abs. 1 Nr. 3
BGB; § 864 Abs. 2 BGB)

Die materielle Rechtskraft

Bedeutung:

Präjudizialwirkung und Ne - bis- in - idem - Lehre; (str.);
Präklusionswirkung

Objektive Grenzen:

§ 322 - beachte Teilklagenproblematik

Subjektive Grenzen:

§§ 325-327, sowie verstreut geregelte Fälle der
Rechtskrafterstreckung

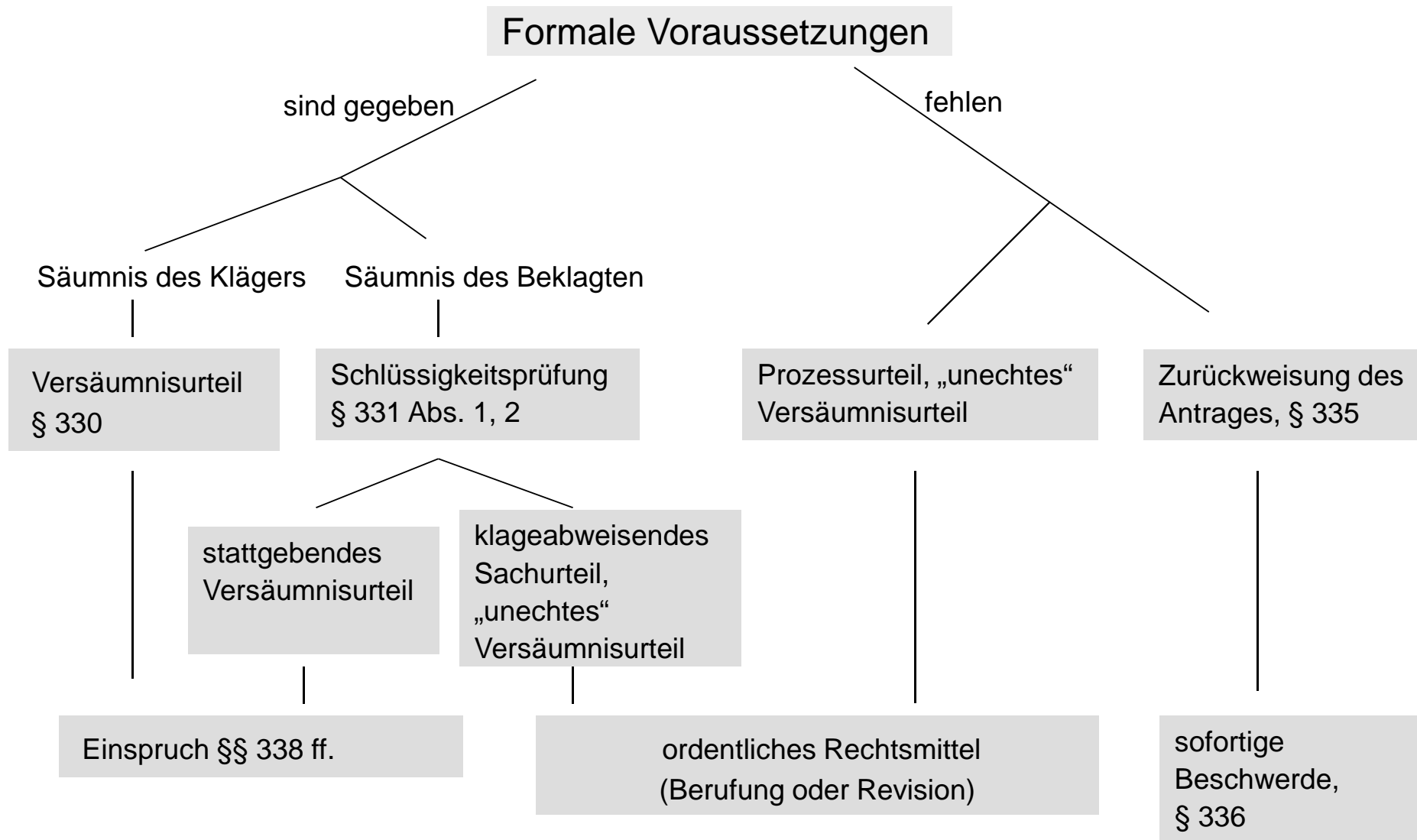
Zeitliche Grenzen:

§§ 767 Abs. 2, 296a. Sonderproblematik: § 323

Rechtskraftdurchbrechungen:

§§ 578 ff. (Wiederaufnahme des Verfahrens),
sowie §§ 826 und 242 BGB (sehr str.)

Das Versäumnisverfahren



Die Rechtsmittel

Rechtsbehelfe mit Suspensiv- und Devolutiveffekt, nämlich Berufung,
Revision und Beschwerde

Zulässigkeit und Begründetheit sind zu unterscheiden.

Beachte: Zulässigkeit der Klage ist Begründetheitsfrage für das Rechtsmittel

Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen: Statthaftigkeit und Beschwer

Verbot der reformatio in peius?

Anschlussrechtsmittel

Meist Begünstigungsprinzip bei inkorrekten Entscheidungen
(zuletzt BGH NJW-RR 03, 277)

Beteiligung mehrerer am Rechtsstreit

Einfache Streitgenossenschaft, §§ 59 - 61, 63

Notwendige Streitgenossenschaft, § 62

- aus prozessualen Gründen (1. Alt.)
Faustformel: Rechtskrafterstreckung bei getrennten Verfahren führt zur notwendigen Streitgenossenschaft im einheitlichen Verfahren
- aus materiellrechtlichen Gründen (2. Alt.)

Nebenintervention, §§ 66 - 71

Streitverkündung, §§ 72 - 77

Hauptintervention, §§ 64 f.

Изготовлено в ФРГ

(USA)

Christmas Calendar

Filled with:
24 milk chocolate figures,
(Cocoa solids: 30% minimum)

Ingredients: Sugar, milk chocolate
(cocoa butter, cocoa, whole milk
powder), sweet whey powder
(sugar, whey powder),
soy lecithin (emulsifier)

Zutaten: Zucker, Vollmilchpulver,
Kakaobutter, Kakaomasse,
Süßmolkenpulver,
Emulgator: Lecithin
Hergestellt in der
Bundesrepublik Deutschland

er
guren,
%
volle
oter,
der,
E322)
land

WINDEL GmbH & Co KG
49090 Osnabrück
Deutschland · Germany

NET WE
e 75 g

Der Parteiwechsel

Gesetzliche Fälle

Gesamtnachfolge und Nachfolge in Vermögensverwaltung, arg. §§ 239, 240; ausnahmsweise bei §§ 265, 266; §§ 75 - 77

Gewillkürte Parteiwechsel

Rspr.: Klageänderung, § 263, Ausnahme: Bei Beklagtenwechsel in zweiter Instanz muss neuer Beklagter zustimmen.

- h.L.:
- a) Klägerwechsel bedarf stets Zustimmung aller Beteiligten, des Beklagten analog § 269
 - b) Beklagtenwechsel in erster Instanz bedarf der Zustimmung der bisherigen Parteien (vgl. a), nicht des neuen Beklagten. Dieser ist aber nur bei Zustimmung an den Verfahrensstand gebunden.
 - c) Beklagtenwechsel in zweiter Instanz bedarf notwendig der Zustimmung des neuen Beklagten. Im Übrigen gilt b).

Zwangsübung zur Bewährung subjektiver Privatrechte

Selbsthilferechte
i.w.S.

Einzelzwangsvoll-
streckung
(8. Buch der ZPO,
ZVG, AnfG)

Insolvenzrecht
(InsO)

Vollstreckungstitel

rechtskräftige Endurteile

vorläufig vollstreckbare Urteile

andere Vollstreckungstitel

Sicherheitsleistung?

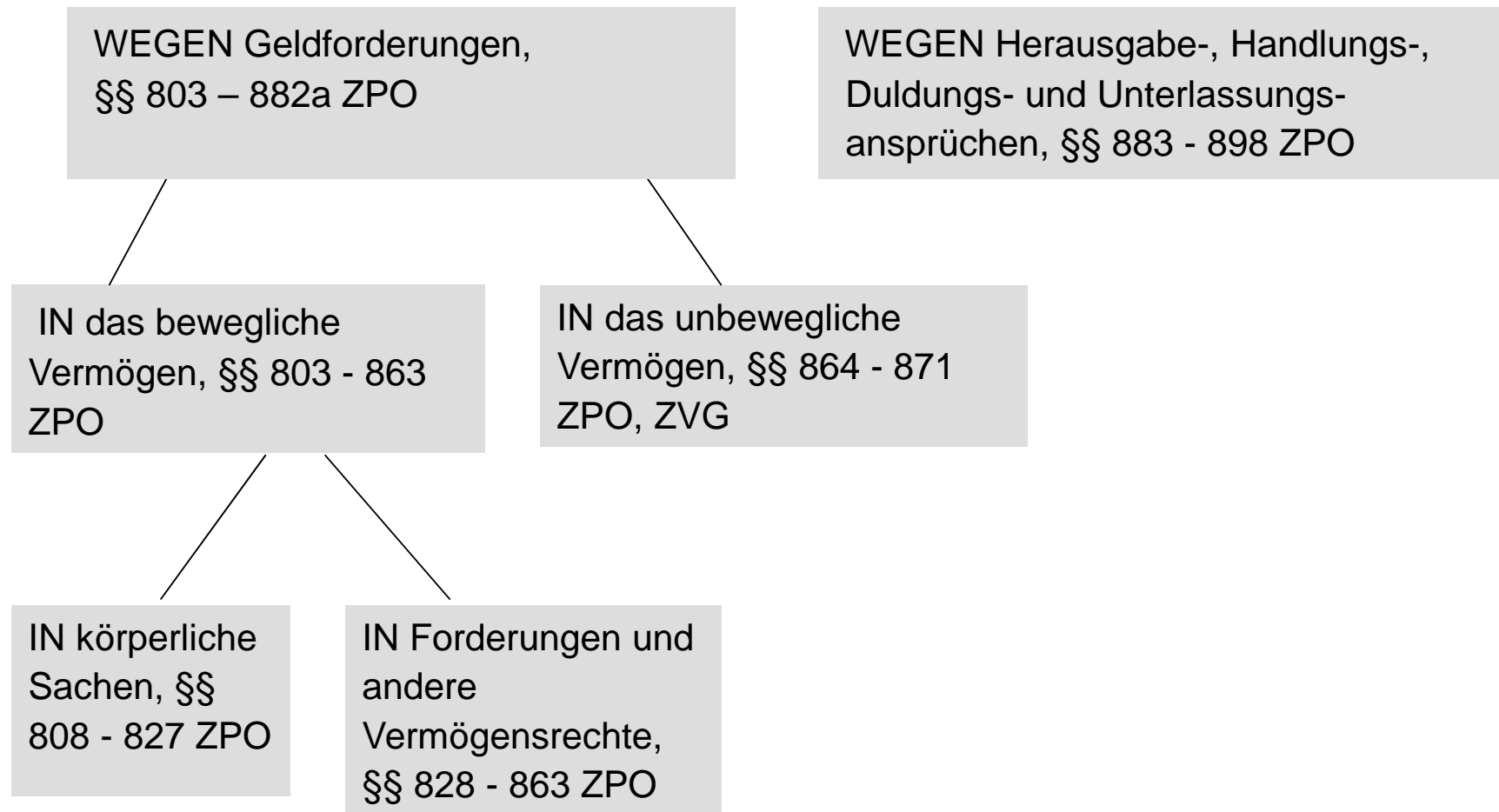
Schadensersatz (§ 717 Abs. 2 ZPO) oder Bereicherungsausgleich (§ 717 Abs. 3 ZPO)

- § 794 ZPO
- §§ 201, 257 InsO
- §§ 93, 132, 162, 180 Abs. 1 ZVG
- §§ 62, 64 Abs. 7, 85 ArbGG
- §§ 59 Abs. 1 S. 1 Nrn. 3, 4; 60 SGB VIII

I.e.S. vollstreckbar nur Leistungsurteile

I.w.S., d. h. wegen der Kosten, alle Urteile vollstreckbar

Arten der Zwangsvollstreckung



Stufen der Zwangsvollstreckung

PFÄNDUNG

- Folgen:**
- öffentlichrechtliche Verstrickung
 - gemischt öffentlich- und privatrechtliches Pfändungspfandrecht

VERWERTUNG

AUSKEHRUNG DES ERLÖSES

Die Zwangsvollstreckung in Geldforderungen und in andere Vermögensrechte

Vollstreckung in Geldforderungen (Grundmodell)

Pfändung § 829 ZPO

Vollstreckung in Herausgabe- und Leistungsansprüche, §§ 846 - 849 ZPO

Vollstreckung in „andere“ Vermögensrechte, §§ 857 - 863 ZPO

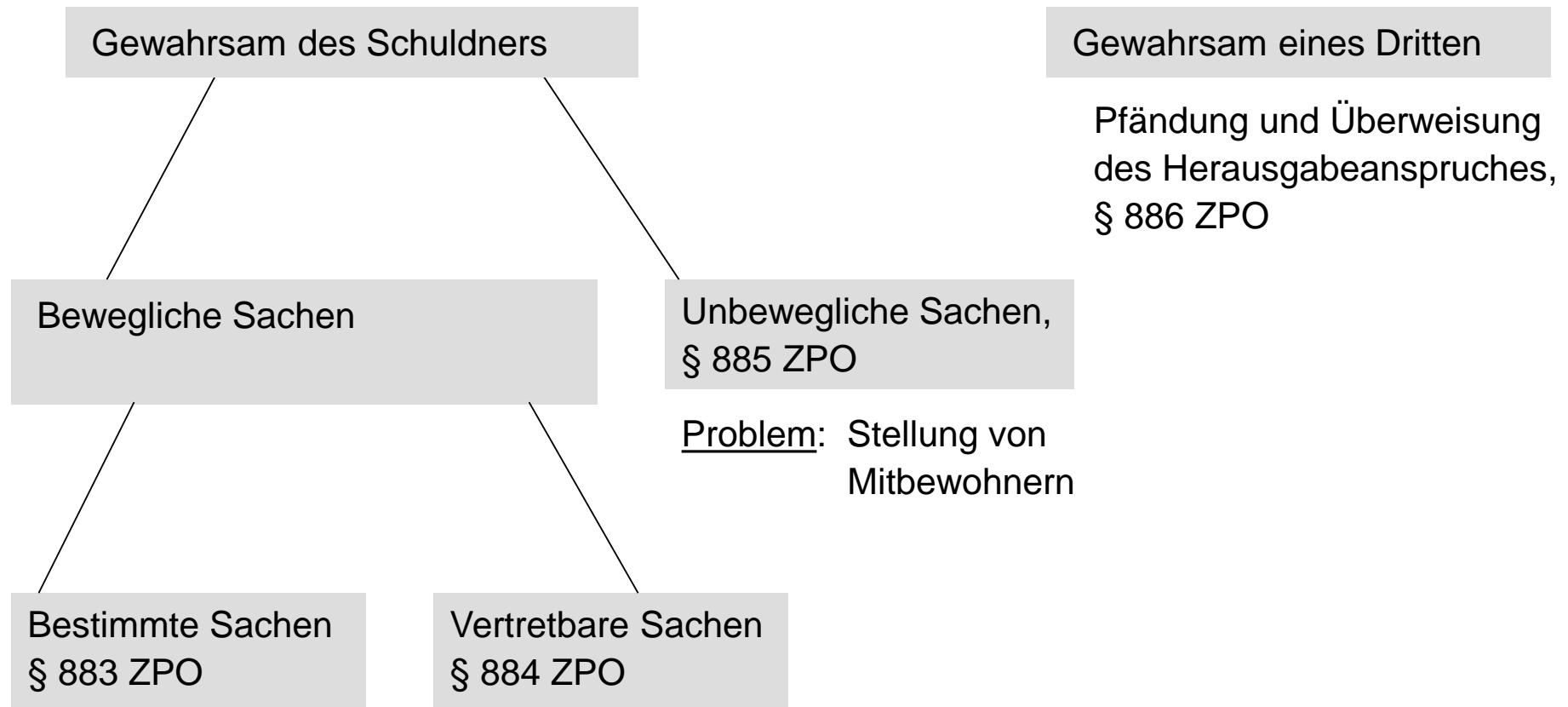
Verwertung durch Überweisung nach Wahl zur Einziehung oder an Zahlungs Statt, § 835 Abs. 1 ZPO

Verwertung erfolgt i.E. durch Verwertung der zu leistenden Sache, § 847 Abs. 2 ZPO

Sonderregeln nach Art des Rechts sowohl für Pfändung wie Verwertung kann erforderlich sein, vgl. § 857 Abs. 2 - 4 ZPO

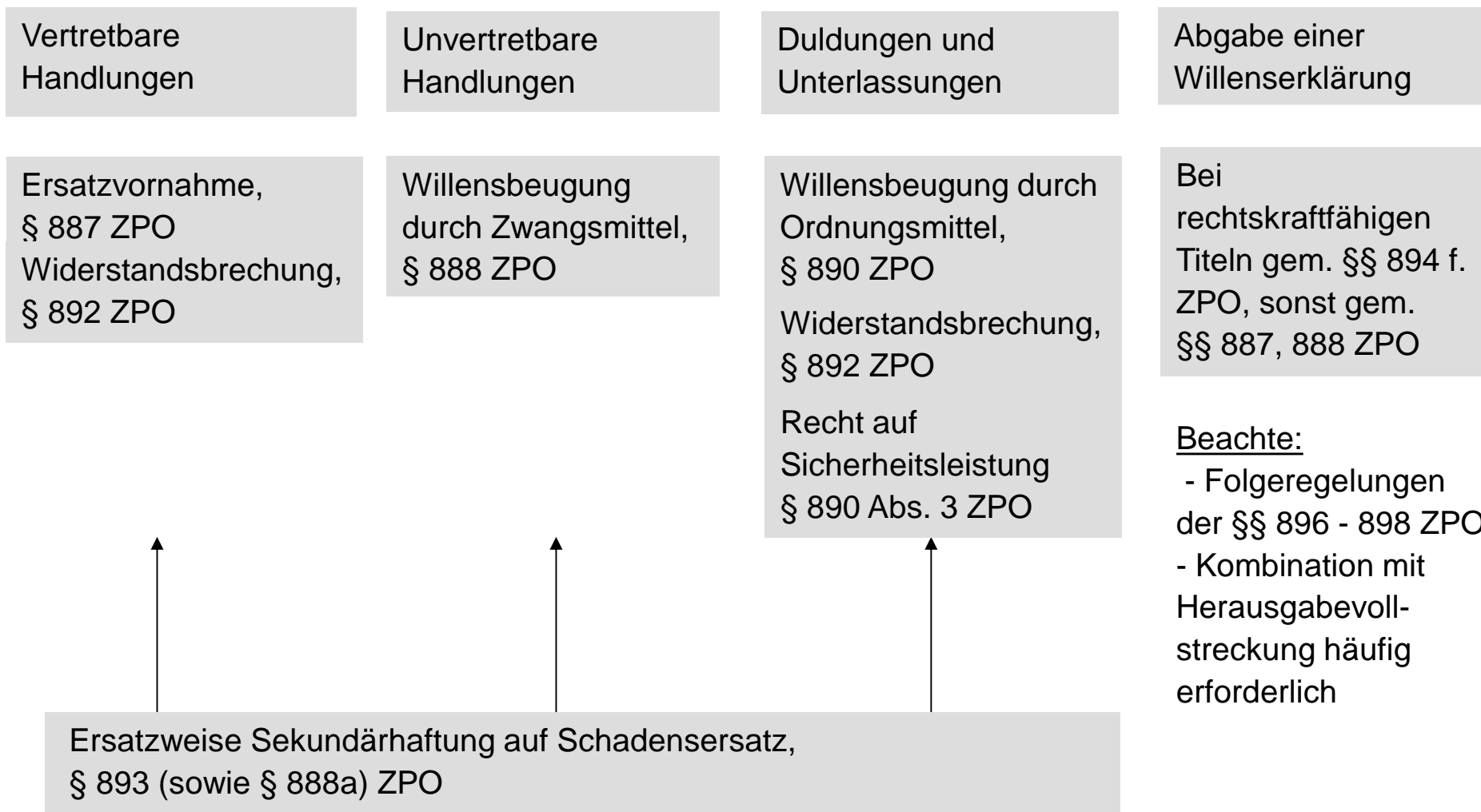
Pfändung des Anwartschaftsrechts des Vorbehaltskäufers erfordert nach der Theorie der Doppelpfändung als kombinierte Sach- und Rechtspfändung

Das System der Herausgabevervollstreckung



Beachte: keine Ersatzvornahme,
§ 887 Abs. 3 ZPO

Handlungs-, Duldungs- und Unterlassungsvollstreckung



Das Rechtsbehelfssystem des 8. Buches der ZPO

Formelle Mängel

Diskrepanz zur materiellen Rechtslage

Rüge eines „Betroffenen“
(Gläubiger, Schuldner oder Dritter)

Rüge des Schuldners

Rüge eines Dritten

Erinnerung
§ 766 ZPO
Alle Fälle in denen keine Sonderregel eingreift

Sofortige Beschwerde
§ 793 ZPO
Gegen „Entscheidungen“ des Vollstreckungsgerichts

Vollstreckungsabwehrklage
§ 767 ZPO

Materiellrechtliche Einwendungen
(ggfs. auch: perem[p]torische Einreden) gegen den Anspruch

Beachte: Rechtskrafftfähigkeit des Titels und die zeitlichen Grenzen der Rechtskraft bestimmen die Zulässigkeit der Einwendungen

Drittwiderspruchsklage
§ 771 ZPO

Was ist ein „die Veräußerung hinderndes Recht“?

Problemfelder:

Sicherungsrechte;
obligatorische Herausgabe- im Gegensatz zu Leistungsansprüchen

Vorzugsklage
§ 805 ZPO

Nur für Pfandgläubiger ohne Besitz; nur bei Vollstreckung wegen Geldforderungen